

„Tatort Polizei“

Ronald Schminke (SPD) kritisiert Minister scharf

„Die Landesregierung zeigt im Vorgehen gegen niedersächsische Polizeibeamte Kontinuität. Nach jahrelanger Magerkost bei Tarifabschlüssen, einer beschämenden Überstundenvergütung und dem Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld folgt nun ein demotivierendes Dienstpostenkonzept“, rügt der Göttinger SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke (Foto l.) scharf Innenminister Uwe Schünemann (Foto r.).

Das vom Innenminister „einseitig per Erlass durchgedrückte“ Konzept sehe vor, dass die Beförderung zum Hauptkommissar (A11)



nur noch an bestimmte Stellen und Funktionen landesweit innerhalb der Polizei gebunden ist. Diese neue Regelung sei ungerecht und sorge angesichts einer dauerhaften Perspektivlosigkeit für erheblichen Unmut bei allen Polizeibeamten.

Schminke: „Polizeiliche Arbeit ist anspruchsvoll und gefährlich, darum halte ich eine Grundbewertung für alle Dienstposten und ebenso eine Vergütung nach A11 für grundsätzlich gerechtfertigt. Qualifizierte Aufklärungsarbeit und innere Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif und die gefährlichen Castortransporte beobachtet Herr Schünemann nur aus sicherer Entfernung, während die Polizeibeamten im Wendland Schwerstarbeit verrichten und dafür auch noch mit unverschämten Erlassregelungen abgestraft werden“.

Schünemann habe auch alle Proteste der Polizeiangehörigen, der größten Berufsvertretung der niedersächsischen Polizei, der Polizeigewerkschaft GDP und die einstimmige Ablehnung quer durch alle Personalräte der Polizeidirek-

tionen, sowie der Polizeiakademie gegen den Erlass in den Wind geschlagen.

Schminke: „Studentinnen und Studenten werden für die Polizeiakademie mit einem international anerkannten Bachelorstudium angelockt, wobei die Polizeiarbeit mit einer A11 Besoldung erklärt wird. Während des Studiums erfahren dann die Leute, dass dies nun alles nur noch eingeschränkt gilt und die Aussichten auf einen A11-er Posten erheblich gesunken sind. Das sind unseriöse Taschenspielertricks, die das Vertrauen der jungen Menschen zerstören. Das ist einer Landesregierung nicht würdig!“

Schminke kündigte als Konsequenz der unsozialen Erlassregelung eine breite Informationsoffensive durch die SPD-Landtagsfraktion an. Man werde zuvor eine Anhörung der Berufsverbände, der Gewerkschaft und der Personalräte zu den Themen A11 Besoldung, Beförderungsperspektiven, Überstundenregelung und anderer Belastungen und Einschnitte vornehmen.

Extratip Göttingen - 24.10.2010